

GESELLSCHAFT

Verdächtige Übertragungen von Grundstücken führten zur Koalitionskrise

Fragliche Übertragungen von Land vom Slowakischen Grundstückerwerbungsamt haben einen Konflikt zwischen den Koalitionsparteien Smer-SD und ĽS-HZDS heraufbeschworen. Vom Vertreter der ĽS-HZDS in diesem staatlichen Fonds wurde nämlich der Transfer eines etwa eine Million Quadratmeter großen Grundstücks an eine der Partei ĽS-HZDS nahe stehende Firma (angeblich für einen Bruchteil des Marktpreises) genehmigt.

Landwirtschaftsminister gekippt

Die Angelegenheit spitzte sich lang zu und erreichte mit der Entlassung von Landwirtschaftsminister Miroslav Jureňa und der nachfolgenden Krise der Regierungskoalition ihren Höhepunkt. Der Premier rief den Minister zum Rücktritt auf. Da der Minister dies nicht tat, schlug der Premier dem Präsidenten der SR Ivan Gašparovič die Abberufung des Ministers vor. Minister Jureňa wurde an der Spitze des Ministeriums von Zdenka Kramplová ersetzt, die bis dahin Zentralsekretärin der ĽS-HZDS gewesen ist und zu den engsten Mitarbeitern des Parteichefs und früheren Premiers Vladimír Mečiar gehört (dieser Ministerposten gehört laut des Koalitionsvertrages der Partei ĽS-HZDS). In Mečiar's letzter Regierung in den 90er Jahren war Kramplová Außenministerin.

Es drohte der Koalitionszerfall

Der Streit rund um den Slowakischen Grundstückerwerbungsamt und die Abberufung des Landwirtschaftsministers bewirkten eine derartige Spannung in der Regierungskoalition, dass eine ernsthafte Gefahr ihres Auseinanderbrechens bestanden hat. Nach einer Weile Spannung verkündete aber die Partei ĽS-HZDS, die Koalition nicht zu verlassen. Trotz der offiziell von den Parteichefs verlautbarten Schlichtung dauert die Spannung jedoch an (laut Vladimír Mečiar wird die Waffenruhe zumindest bis Mai halten, damit keine Unsicherheit vor der Entscheidung über die Euroeinführung entsteht). Bemerkenswert während der Krise war auch das Verhalten des Vorsitzenden der ĽS-HZDS Vladimír Mečiar selbst. Gerade er weckte den Eindruck, die Koalition gerne verlassen zu wollen. Andere Spitzenvertreter der ĽS-HZDS äußerten sich dabei für einen Verbleib der Partei in der Koalition. In das Entscheidungsdilemma der ĽS-HZDS mischte sich der Vorsitzende der oppositionellen KDH Pavol Hrušovský mit dem Spruch ein, wonach es vom Chef der ĽS-HZDS Vladimír Mečiar ein Zeichen der Schwäche wäre, unter diesen Umständen in der Koalition zu bleiben.

Zum Schluss soll aber die Entscheidung des republikweiten Vorstands über den Verbleib in der Koalition einstimmig erfolgt sein. Nach dieser angekündigten Aussöhnung folgte aber die Sitzung des Koalitionsrats, auf dem wieder die Fetzen flogen: Vladimír Mečiar verließ die Sitzung und teilte mit, dass Robert Fico die Koalition nicht mehr wünsche. Robert Fico gelang es aber, seinen Kollegen mit der Erwähnung der umstrittenen Amnestien (die Mečiar 1998 erließ, als er kurzfristig auch einige Befugnisse des Präsidenten ausübte) und der Untersuchung des Besitzursprungs zu pazifizieren.

ÜBERSICHT

GESELLSCHAFT

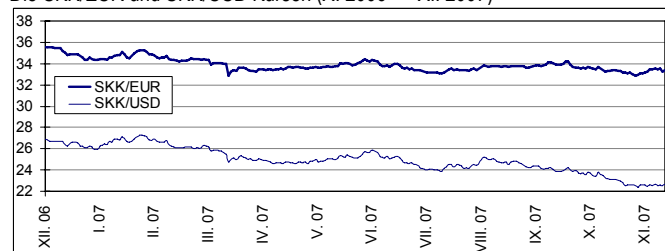
Verdächtige Übertragungen von Grundstücken führten zur Koalitionskrise...	1
Versuch einer Abberufung des Parlamentsvorsitzenden.....	2
Parlament bestätigte die Novellen der Altersrentengesetze.....	2
Präsident unterzeichnete Gesetzesnovelle über Krankenversicherungen.....	2
Fehlerhafter Polizeieinsatz und spendabler Minister.....	2
Prioritäten des slowakischen Vorsitzes.....	3
Autobahn Bratislava – Wien fertig.....	3
Ausschreibung über Privatprojekte.....	3
Slowakei in den Ranglisten fürs Jahr 2007.....	3

WIRTSCHAFT

Wirtschaftswachstum noch außerordentlich hoch geblieben.....	4
Inflation über den Erwartungen.....	4
Historisch niedrigste amtliche Arbeitslosenrate.....	4
Lohnanstieg träge.....	4
Euro und Preise.....	4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (X. 2006 – XI. 2007)



Quelle: NBS

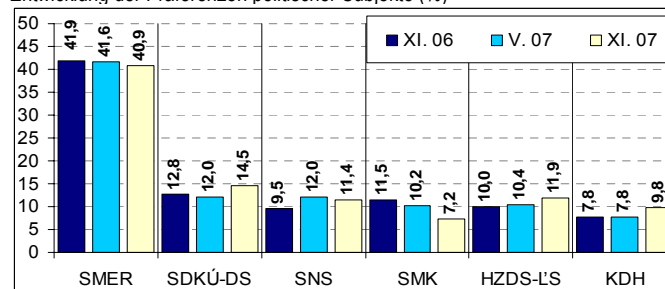
	2003	2004	2005	2006	2007*	2008*
BIP-Wachstumstempo (% real)	4,2	5,4	6,0	8,3	8,8*	6,8*
Inflation (CPI)	8,5	7,5	2,7	4,5	2,6*	2,5*
Arbeitslosenrate*** (%)	17,4	18,1	16,2	13,3	11,2*	11,0
Rating (Moody's)	A3	A3	A2	A1	A1	A1*
SKK/USD	36,8	32,3	31	30,6	25,1*	24,9*
SKK/EUR	41,5	40	38,6	37,5	35,5*	35,2*

* die M.E.S.A.10 Vorhersage;

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikamt der Slowakischen Republik, Diagramm M.E.S.A.10

GESELLSCHAFT

Die Zyklen der Zuspitzung und Entspannung im Streit endeten in einer brüchigen Versöhnung, die politische Kreativität Vladimír Mečiar lässt jedoch Überraschungen erwarten. In einer angespannten Lage erklärte er: „Ich glaube nicht mehr, dass diese Koalition das einzig Richtige ist. Auch denke ich nicht, dass sie ganze vier Jahre halten wird“.

Angst vor Racheakt

Nach einer scheinbaren Versöhnung kamen Befürchtungen wegen Racheakten seitens der ĽS-HZDS auf (es würde um eine politische Rache für die Veröffentlichung des Skandals, die öffentliche Kritik seitens des Premiers und Abberufung des von der Partei ĽS-HZDS nominierten Ministers gehen). Gelegenheit für so eine Rache bot sich bei der versuchten Abberufung des Parlamentsvorsitzenden Pavol Paška (für Smer-SD nominiert) oder der Verabschiedung des Gesetzes über Sozialversicherung oder über den Staatshaushalt fürs Jahr 2008. Premierminister Robert Fico drohte damit, dass jeglicher Versuch einer Rache den Zerfall der Koalition zur Folge haben wird.

Quasi-Prinzipientreue des Regierungschefs

Im Verlauf dieser Affäre betonte Premier Robert Fico mit Vorliebe seine Prinzipientreue. Er wäre lieber nicht Premier, als dass er solche Skandale in der Regierungskoalition tolerieren würde.

Der Premier möchte eine Diskussion über die Zukunft des Slowakischen Grundstücksfonds (SPF). Die Situation in dieser Institution bezeichnete er als „unhaltbar“. Bis zur Übereinkunft in über eine neue Struktur des SPF werden alle Übereignungen der vom Fonds verwalteten Grundstücke eingefroren. Laut des Premiers ist dies auch ein Signal an andere Institutionen, bei denen er im Verdachtsfall eines Betrugs bereit sei, „gleichermaßen rasant“ einzuschreiten.

Zugleich bestätigte Fico, beim Antrag auf die Abberufung des Landwirtschaftsministers auch mit dem Gedanken vorgezogener Neuwahlen gerechnet zu haben. Hätten diese aber stattgefunden, würde gerade Ficos Partei Smer-SD wegen ihrer großen Popularität in den Meinungsumfragen davon profitieren. Die Prinzipientreue des Premiers in dieser Sache weist jedoch einige Risse auf:

- Die Angelegenheit zeichnete sich schon länger ab, der Premier wartete mit seiner „Prinzipientreue“ bis zu jenem Augenblick, als Druck seitens der Medien entstand
- Minister Miroslav Jureňa posaunte bei seiner Abberufung die riesige „Dieberei“ aus, die im Slowakischen Grundstücksfonds angeblich jahrelang betrieben werde. Im Vorstand des Fonds habe die Partei des Premiers Smer-SD die Mehrheit, sie sei also zumindest mitverantwortlich.

- Es gibt auch Verdacht, dass Premier Fico mit zweierlei Maß messe. Bei Skandalen, in die jene von Smer-SD ernannte Minister verwickelt waren, war er nicht so rasant vorgegangen als bei der Affäre des Vertreters seines Koalitionspartners.
- Seine Bereitschaft, „prinzipientreu“ auch um den Preis vorgezogener Neuwahlen zu sein, ist auch dadurch zu erklären, dass nur seiner Partei angesichts der Meinungsumfragen vorzeitige Neuwahlen gelegen kämen.
- Smer-SD trat in der Vergangenheit für keinen Gesetzesentwurf ein, mit dem der Vorstand entpolitisiert werden würde.

Versuch einer Abberufung des Parlamentsvorsitzenden

Die parlamentarische Opposition initiierte eine außerordentliche Sitzung mit dem Ziel, den Parlamentsvorsitzenden Pavol Paška (von Smer-SD nominiert) abzurufen. Grund dafür war sein Versuch, einen verabschiedeten oppositionellen Veränderungsantrag aus der Novelle des Sozialversicherungsgesetzes heraus zu nehmen. Bei Verabschiedung dieser Novelle wurden nämlich von den Mandataren zwei einander widersprechende Bestimmungen genehmigt und der Parlamentsvorsitzende „machte insofern Ordnung“, als er die von einer Oppositionsabgeordneten vorgeschlagene Bestimmung beseitigen ließ. Dadurch hat er jedoch die Regeln der parlamentarischen Demokratie entehrt.

Zur Abberufung bedarf es einer Stimmenmehrheit aller 150 Abgeordneten. Die Opposition hatte mit 65 Mandataren nicht genug Stimmen für seine Amtsenthebung. Einen Augenblick gab es aber doch die Chance, dass der Antrag mit eventueller Unterstützung der ĽS-HZDS mit 16 Abgeordneten in deren Klub durchkommen könnte. Diese Chance bestand gerade wegen der sich abspielenden Koalitionskrise (siehe anderswo).

Die Überraschung fand aber nicht statt. In der geheimen Abstimmung gelang es der Opposition nicht, den Parlamentsvorsitzenden des Amtes zu entheben. Premierminister und Chef von Smer Robert Fico drohte mit der Auflösung der Koalition, sollte sich die ĽS-HZDS dem Misstrauensantrag der Opposition anschließen. Die ĽS-HZDS hielt es bis zuletzt geheim, wie sie bei der Abstimmung vorgehen werde.

Die Opposition kündigte danach an, bereits mit dem Sammeln von Unterschriften für eine außerordentliche Sitzung des

Parlaments begonnen zu haben, auf welcher sie dem Premier Robert Fico das Misstrauen aussprechen wolle. Grund dafür sollte die politische Verantwortung für den Skandal mit Grundstücken (Details an anderer Stelle) sein. Sollte wieder nicht gerade eine Koalitionskrise herrschen, wird dies ein eher symbolischer Versuch sein.

Parlament bestätigte die vom Präsidenten zurückgewiesenen Novellen der Altersrentengesetze

Dies bedeutet, dass das Altersrentensparen für junge Leute freiwillig wird. Sie werden hiermit ein halbes Jahr Zeit zum Nachdenken über den Eintritt in die zweite Säule haben. Eine Änderung gab es auch beim Einzahlungszeitraum, welcher von 10 auf 15 Jahre verlängert wird, die Invaliden sind am Schluss ohne staatlichen Beitrag geblieben. Die Opposition plant eine Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes beim Verfassungsgericht.

Präsident unterzeichnete die Gesetzesnovelle über Krankenversicherungen

Nach der Novelle müssen die Versicherungen den Gewinn aus öffentlicher Krankenversicherung ausschließlich zur Bezahlung gesundheitlicher Fürsorge verwenden. Zugleich wird ein maximaler Betrag zur Eigenverwaltung von 3,5% festgelegt. Als Reaktion auf die unterzeichnete Novelle kündigte die Finanzgruppe Penta, die in Besitz der Krankenversicherung Dövera ist, in der letzten Novemberwoche an, ein internationales Schiedsverfahren anzustreben. Noch vorher möchten die Versicherungen einen Antrag auf Überprüfung ihrer Richtigkeit beim Verfassungsgericht stellen. Die Bestimmung, auf welche Weise die Krankenversicherungen den Gewinn verwenden sollen, ist unklar. Darüber hinaus wird ihnen die Auszahlung der Dividenden unmöglich gemacht und die Investoren verlieren jeglichen Investitionsrückfluss.

Fehlerhafter Polizeieinsatz und spendabler Minister

Kasachstans Präsident für Lebenszeit Nursultan Nasarbajew wurde vom Präsidenten der SR Ivan Gašparovič unauffällig der höchste Staatsorden für einen Ausländer verliehen. Es ist ein weißes Doppelkreuz erster Klasse, das vom Präsidenten an Bürger anderer Länder mit besonderen Verdiensten um die Slowakische Republik verliehen wird. Die Kanzlei des Präsidenten gab die Erteilung dieses Ordens an Nasarbajew offiziell nicht bekannt. Die nachträgliche Begründung lautete, dass der Präsident den Orden für die „Entfaltung bilateraler Beziehungen und der Freundschaft zwischen dem kasachischen und slowakischen

Volke“ erteilte. Die Kanzlei des Präsidenten der SR sehe dies als üblichen Bestandteil des diplomatischen Protokolls. Die Slowakei akzeptierte die Politik des umstrittenen kasachischen Präsidenten bereits durch Nasarbajews Einladung. Eine leidliche Entschuldigung und Erklärung soll die Möglichkeit des Bezugs von Energierohstoffen aus Kasachstan und die Verringerung der Abhängigkeit bei den Energien von Russland. Mehr Resonanz als der Empfang und Auszeichnung dieses Präsidenten mit autoritären Neigungen bewirkte die Festnahme einer kasachischen Journalistin durch die slowakische Polizei. Diese griff gegen die Journalistin kasachischen Ursprungs und Bürgerin Polens anlässlich einer vom Magistrat von Bratislava bewilligten Protestkundgebung. Die Journalistin äußerte hierbei ihre Ablehnung gegenüber den undemokratischen Praktiken des kasachischen Präsidenten während seines offiziellen Empfangs beim Präsidenten der SR.

Innenminister Robert Kaliňák behauptete zuerst, die Polizei hätte von dem bevorstehenden Protest der kasachischen Journalistin keine Information. Die Polizei musste wohl jedoch davon wissen, da dieser ordentlich angemeldet war. Der Minister entschuldigte sich bei der Journalistin und bot ihrer Familie einen Erholungsaufenthalt in der Tatra als Satisfaktion an. Vor dem zuständigen parlamentarischen Ausschuss gab der Innenminister zu, dass der Einsatz unbegründet war.

Vertreter von Bürgerorganisationen riefen zur konsequenten Untersuchung der Polizeiaktion gegen die kasachische Journalistin auf. In ihrer Erklärung wird steht, dass „die Slowakei als Land, in dem lange Jahre Meinungs- und Versammlungsfreiheit unterdrückt wurden, jegliches Anzeichen einer derartigen Verletzung dieser Rechte und Freiheiten mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen sollte“.

Da es in letzten Wochen zu einigen umstrittenen Polizeieinsätzen gekommen war, ließ die Opposition den Minister wissen, er solle sein Verbleiben im Amt noch einmal überdenken.

Prioritäten des slowakischen Vorsitzes

Außenminister der SR Ján Kubiš präsentierte die Prioritäten des sechsmonatigen Vorsitzes der Slowakei im Ministerausschuss des Europarates. Ausschussvorsitzender wurde Ján Kubiš, als die Slowakei erstmals die Leitung im Ministerausschuss des Europarates im diesjährigen November übernahm. Als Hauptprioritäten der Arbeit im Ausschuss wurden von der Slowakei drei Bereiche festgelegt: (1) Europa für die Bürger, (2) Transparenter und effizienter Europarat, (3) Unterstützung gemeinsamer Grundwerte (wie Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie).

In Zusammenarbeit mit der EU und der OSZE möchte die Slowakei die Lage in der südserbischen Provinz Kosovo verfolgen. Da der

Europarat Wächter über die Grundwerte ist, wird sich Minister Kubiš um die Festlegung von Zielen bemühen, die der Europarat bei der Durchsetzung von Rechten in diesem multiethnischen Gebilde erreichen kann. Noch vor der endgültigen Lösung der Frage des Kosovostatuts besucht Minister Kubiš Belgrad und Priština aber auch Mitrovica, in der eine kompakte serbische Mehrheit lebt. Ján Kubiš hob auch die Frage einer Verbesserung slowakisch ungarischer Beziehungen vor. Seiner Meinung nach werden die Beziehungen beider Länder häufig auf zwei-drei offene Fragen reduziert. Tatsächlich aber seien diese Beziehungen komplex und nach Meinung des Ministers sehr gut.

Zu den Prioritäten des slowakischen Vorsitzes im Ministerausschuss des Europarates wird laut Minister Kubiš auch eine bessere Nutzung des Budgets des ER gehören, mehr zugunsten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und nicht der Arbeit von Beamten.

Autobahn Bratislava – Wien fertig

Die Autobahn verkürzt die Reise um etwa zwanzig Minuten. Es dauerte fast achtzehn Monate Planung und drei Jahre Bauzeit, bevor am 19. November die Autobahnverbindung eröffnet und das slowakische Autobahnnetz an das österreichische angeschlossen wurde. Es ist die erste Anbindung der Slowakei an das Netz europäischer Korridore TEN 10, die weitere Investoren anziehen und ein Wirtschaftswachstum slowakischer als auch österreichischer Grenzregionen bewirken könnte.

Das Ministerium für Verkehr und Telekommunikation veröffentlichte eine Ausschreibung über Privatprojekte

Die Antragsvorlagefrist für Abschnitte der Autobahn D1 an mögliche Bewerber wurde vom Ministerium bis zum 8. Januar 2008 festgelegt. Sofern die Ausschreibung nicht wiederholt werden muss, wird mit dem Auswertungsprozess begonnen, bei dem jener Antrag siegreich bleibt, der den besten Preis und eine Projektfinanzierung enthält. Die Ausschreibung ist auf die Stärksten auf dem Markt abgestimmt. Ein einzelner Interessent – muss am Ende der letzten abgeschlossenen Buchungsperiode ein Eigenkapital von 800 Millionen Euro aufweisen, bei einer Interessentengruppe müssen die Erträge 1,2 Milliarden Euro betragen. Obwohl die Regierung den Zeitpunkt der Fertigstellung der Autobahn bis 2010 festlegte, ist dieser Termin auch wegen jener mit der Auswertung der Ausschreibung verbundenen Termine bei weitem nicht klar. Dabei ist dies nur die Ausschreibung für einen D1-

Autobahnabschnitt im ersten Paket. In etwa einem halben Jahr sind noch zwei weitere Ausschreibungen vom Ministerium abzuwickeln. Haben wir tatsächlich mit einem Wunder zu tun?

Slowakei in den Ranglisten fürs Jahr 2007

Die letzte Phase des Jahres ist durch Veröffentlichungen von Länderranglisten seitens spezialisierter Organisationen nach deren gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung gekennzeichnet. Sie geben die Möglichkeit, die Position der Länder mit einer ernsthaften Einschränkung zu vergleichen: die bei dem Zusammenstellen der Indizes verwendeten quantitativen Daten sind üblicherweise zwei Jahre alt. Dies verschlechtert die Position von Ländern, die gerade vor kurzem Zeitraum eine bemerkenswerte Verbesserung ihrer Parameter erreicht haben.

The Fraser Institute gab seinen Index ökonomischer Freiheit für 2007 bekannt; hier belegte die Slowakei den 32. Platz (141 Länder wurden bewertet, am freiesten ist nach dieser Bewertung Hongkong, am wenigsten frei sind Myanmar und Zimbabwe). Die Slowakei landete auf Rang 32 zusammen mit Ländern wie Malta, Südkorea oder Kuwait. Die Bewertung ökonomischer Freiheit der Slowakei erreichte 7,3 von zehn erreichbaren Punkten (siegreich war Hongkong mit 8,9 Punkten). In dieser Rangliste stieg die Slowakei im Vergleich zum Vorjahr auf (um sieben Plätze von Rang 39). Bei den partiellen Kennzahlen dieses Indexes erreichte die Slowakei die beste Wertung im Bereich der Freiheit internationalen Handels (hier belegte die Slowakei Rang 6!). Relativ frei ist die Slowakei auch im Bereich der Regulierung des unternehmerischen Milieus, Arbeitsmarktes und bei der Regulierung des Darlehensmarktes. Aus Sicht der ökonomischen Freiheit bleibt die „Größe der Regierung“ und der Umfang ihrer Eingriffe im Gegenteil ein Mangel des Landes – hier landete die Slowakei erst auf Rang 110. Beim Index der ökonomischen Freiheit werden 42 verschiedene Kennwerte verglichen, auf deren Basis wird erst dann eine Länderrangliste je nach Ausmaß ökonomischer Freiheit zusammengestellt.

Die Organisation The Heritage Foundation verfasst in Zusammenarbeit mit der Redaktion der Tageszeitung The Wall Street Journal auch ihren Index ökonomischer Freiheit. Sie untersuchen das Niveau der Wirtschaftsfreiheit in 157 Ländern der Welt (2007 wurde Hongkong zur freiesten Wirtschaft der Welt erkoren, ähnlich wie im Index des gleichen Typs von The Fraser Institute). Nach der von den Autoren des Indexes ökonomischer Freiheit gewählten Methodik erreichte die Slowakei Rang 40 und eine Bewertung von 68%, einen Durchschnittswert unter den europäischen Ökonomien. Demgegenüber wurde die Slowakei für das hohe Niveau der

Unternehmensfreiheit, des Investierens und Handels hoch bewertet. Eine schwache Bewertung für das Land gab es für das noch immer hohe Korruptionsniveau. Im Vergleich mit den Ländern Mitteleuropas erreichte aber nur die Tschechische Republik eine Platzierung vor der Slowakei – auf Rang 31.

Einen völlig unterschiedlichen Aussagewert hat der Index menschlicher Entwicklung, der von

Teams des UNO-Entwicklungsprogramms (UNDP) zusammengestellt wird. Hier werden breitere gesellschaftliche und nicht nur wirtschaftliche Parameter berücksichtigt (inklusive Lebenserwartung, Bildungsniveau, Einkommen der Bevölkerung und weiteren Faktoren). Ende November wurde die Rangliste von 177 Ländern nach dem Index menschlicher

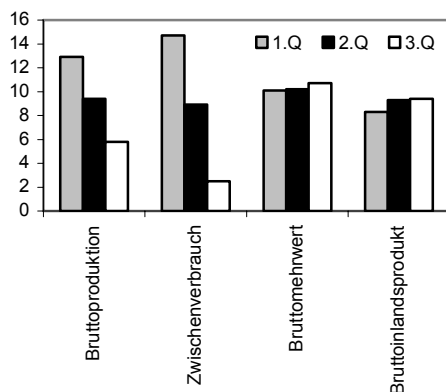
Entwicklung veröffentlicht. Die Slowakei belegte Platz 42 (Rang 1 erreichte Island). Von den EU Staaten erreichte Irland mit dem 5. Platz die beste Wertung, Rumänien mit Rang 60. die schlechteste. Von den neuen EU-Nachbarländern erreichten die Tschechische Republik (Platz 32) und Ungarn (36) eine bessere Wertung als die Slowakei.

WIRTSCHAFT

Wirtschaftswachstum noch außerordentlich hoch geblieben

Trotz der Verlangsamung des Wachstums der Bruttoproduktion blieb der außerordentlich starke Anstieg des BIP erhalten. Das BIP hängt nämlich von der Bildung des Mehrwerts ab und dessen Wachstums kann sich (meist kurzfristig) von der Produktionsentwicklung wesentlich unterscheiden. Bei einer Verlangsamung des realen Bruttoproduktionswachstums von 9,4% im zweiten Quartal auf 5,8% im dritten erreichte das BIP-Wachstum somit einen Wert von bis zu 9,4% (auch real, d.h. in fixen Preisen). Das starke BIP-Wachstum bei gleichzeitiger Verlangsamung des Anstiegs der Bruttoproduktion wird durch eine erhebliche Verlangsamung des Anstiegs des Zwischenverbrauchs ermöglicht (der Mehrwert, die Basis für den BIP ist der Unterschied zwischen Bruttoproduktion und Zwischenverbrauch). Wächst also das BIP rascher als die Bruttoproduktion, bedeutet dies eine bessere Verwertung der Produktionsinputs und eine höhere Effizienz der Wirtschaft. Es ist aber nicht zu erwarten, dass sich diese Tendenz in derart ausgeprägter Form fortsetzen dürfte. Man sollte sich eher darauf gefasst machen, dass nach einer Verlangsamung des Bruttoproduktionsanstiegs allmählich auch das BIP-Wachstum langsamer wird. Die vorjährige Vergleichsbasis wird nämlich erheblich steigen (samt des Produktionsbeginns neuer Großbetriebe in der Automobilbranche). Das bedeutet aber keinen Rückgang des BIP-Wachstums in uninteressante Bereiche. Im 1. bis 3. Quartal 2007 wuchs das BIP um 9% (11,6% in laufenden Preisen).

Diagramm 1: Wachstumstempo jener die BIP-Bildung bestimmenden Größen



Quelle: Statistisches Amt der SR

Inflation über den Erwartungen

Im Oktober wuchsen die Verbraucherpreise wuchsen im Vergleich zum Vormonat um 0,6%. Im Vergleich zum Oktober 2006 waren sie um 3,3 % höher. Interessanter als die Gesamtteuerungsrate ist aber jetzt die sog. harmonisierte Inflation, die für die Euroeinführung ausschlaggebend ist. Die durch den harmonisierten Index gemessenen Verbraucherpreise erhöhten sich auf zwischenjähriger Basis um 2,4% (im September waren es 1,7%). Die jährliche zwischenjährige Inflationsrate für 12 Monate betrug 2,1% (gleich wie im September). Gegenüber den Erwartungen der Nationalbank der Slowakei erreichte die harmonisierte Inflation im Oktober einen höheren Wert, besonders infolge des markanten Preisanstiegs bei Nahrungsmitteln. Die Entwicklung der Inflationsrate wurde aber auch durch die beschleunigte zwischenjährige Dynamik der Energiepreise beeinflusst, als die Treibstoffpreise nach dreizehn Monaten erneut einen zwischenjährigen Anstieg verzeichneten. Die zwischenjährige Dynamik der Gesamtinflationsrate sollte sich im November gegenüber Oktober 2007 verlangsamen, vor allem infolge der zu erwarteten verlangsamten zwischenjährigen Preisdynamik regulierter Energiepreise (es geht um einen basischen Effekt des Energiepreisanstiegs im gleichen Zeitraum des Vorjahres).

Historisch niedrigste amtliche Arbeitslosenrate

Im Oktober sank die amtliche Arbeitslosenrate auf 7,9%. Dies ist ein historisches Minimum. Im gleichen Monat des Jahres 2006 betrug die amtliche Arbeitslosenrate 9,3%. Die Anzahl verfügbarer Arbeitsloser ging somit auf etwa 206 000 zurück. Dies sind Angaben aus den Arbeitsamregistern. Die gemäß Auswählerhebung von Arbeitskräften ausgewiesene Arbeitslosenrate wird wohl um zirka 3 Prozentpunkte höher sein (hier geht es nämlich nicht um amtliche Register, sondern um subjektive Äußerungen von Bürgern darüber, ob sie bezahlte Arbeit haben).

Lohnanstieg träge

Der durchschnittliche nominelle Monatslohn stieg im dritten Quartal um 6,8%, ein ähnlicher Wert wie in den vorangegangenen Quartalen (Durchschnittswachstum in drei Quartalen beträgt 6,9%). Ein solches Wachstum des Nominallohns zusammen mit einer relativ geringen (zumindest für die slowakische Wirtschaft) Inflationsrate bedeuten ein Reallohnwachstum um 4,2%. Der durchschnittliche Bruttomonatslohn erreichte somit im dritten Quartal 19 514 Sk.

Euro und Preise

Die Ergebnisse der internationalen Umfrage Konsumentenbarometer auch fürs 3. Quartal 2007 steigerten die pessimistische Stimmung in den EU-Ländern, einschließlich der Slowakei. Hängt die Besorgnis wegen Preissteigerungen nur mit dem nahenden Termin der Euroübernahme zusammen? Die Preise steigen laufend. Die Märkte öffnen sich und die Nachfrage steigt, wir holen die Preise in Westeuropa auf. Es ist aber ein langfristiger Prozess und ein beträchtlicher Preisanstieg wurde auch durch die erstarkende Krone verhindert. Dieser Vorteil geht mit der Einführung des Euro verloren. Aushilfe könnte eine gut entwickelte Konkurrenz sein. Eine andere Bremse beim weiteren Preisanstieg könnte das schnellere Lohnwachstum sein, da bei uns die Arbeitsproduktivität unter den V4 Ländern die höchste ist (2006 wuchs sie um 5,8% womit sich die SR in der EU auf Rang 3 platzierte), wir aber das Wenigste dafür geben (oder bekommen). Der Regierungsbevollmächtigte für die Euroeinführung Igor Barát versichert die Öffentlichkeit, der Euro werde die Preise nicht steigen lassen und behauptet, dass der Preisanstieg nur durch objektive Faktoren erfolgen wird. Sollte es irgendwo Einflüsse wegen der Euroeinführung selbst geben, so werden sie wirklich nur unbedeutend sein. Auf die Auswirkungen werden wir noch einige Zeit warten, den Pessimismus unserer Bürger können wir aber nicht lindern.